

Die neuen Länder auf Wachstumskurs bringen

Forderungen der Spitzenverbände der
Wirtschaft der neuen Länder zur
Bundestagswahl am 18. September 2005

Vereinigung der Unternehmensverbände
in Berlin und Brandenburg e.V.



Vereinigung der Unternehmensverbände
für Mecklenburg-Vorpommern e.V.



Verband der
Wirtschaft Thüringens e.V.



Vereinigung der
Sächsischen Wirtschaft e.V.



Landesvereinigung der Arbeitgeber- und
Wirtschaftsverbände Sachsen-Anhalt e.V.



Neue Länder auf Wachstumskurs bringen

Am 18. September 2005 wird ein neuer Bundestag gewählt. Damit wird auch über wichtige Weichenstellungen für die Fortsetzung des Aufbau Ost entschieden.

Die neuen Länder und Berlin sind in besonderem Maße auf attraktive Rahmenbedingungen angewiesen, da sie in einem schärfer werdenden Standortwettbewerb insbesondere mit den neuen mittel- und osteuropäischen Mitgliedsstaaten stehen. Was die neuen Länder und Berlin am meisten brauchen, sind wettbewerbsfähige Arbeitsplätze. Diese entstehen nicht durch Umverteilung, sondern nur durch mehr Wachstum. Wer höhere Steuern für den Mittelstand fordert, eine Grundsicherung für alle und die Rücknahme notwendiger Arbeitsmarktreformen, schadet den Interessen des Wirtschaftsstandortes massiv.

Das Verarbeitende Gewerbe hat sich in den vergangenen Jahren immer mehr zum Motor des Aufbau Ost entwickelt. Wenn es Politik und Wirtschaft gemeinsam gelingt, die industrielle Wertschöpfung in den neuen Bundesländern zu stärken, den Ausbau der Infrastruktur voranzutreiben, mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt herzustellen und durch eine Senkung der Lohnzusatzkosten Unternehmer wie Arbeitnehmer gleichermaßen zu entlasten, dann können wir **„Die neuen Länder auf Wachstumskurs bringen“**.

In diesem Sinne ist für den Aufbau Ost die Bundestagswahl eine Richtungsentscheidung. Wir brauchen den Mut zu weiteren Reformen und zu einer selbstbewussten Politik für mehr Investitionen und wettbewerbsfähige Arbeitsplätze.

Berlin, den 31. August 2005



Gerd von Brandenstein

Präsident der Vereinigung der Unternehmensverbände in
Berlin und Brandenburg e.V.



Klaus Hering

Präsident der Vereinigung der Unternehmensverbände
für Mecklenburg-Vorpommern e.V.



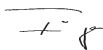
Walter Botschatzki

Präsident des Verbandes der Wirtschaft Thüringens e.V.



Wolfgang Heinze

Präsident der Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft
e.V.



Dr. Helge Fänger

Präsident der Landesvereinigung der Arbeitgeber- und
Wirtschaftsverbände Sachsen-Anhalt e.V.

Wirtschafts- und Förderpolitik für mehr Wachstum und Beschäftigung

Stärkung des Verarbeitenden Gewerbes durch geeignete förderpolitische Maßnahmen

Fortführung der Investitionsförderung im bisherigen Umfang über 2006 hinaus

Vollständige Bereitstellung der bereits beschlossenen 156 Mrd. Euro für den Solidarpakt II bis 2019

Stärkere Fokussierung der Fördermittel auf industriennahe Infrastruktur sowie investive Bereiche

investive Mittelbindung der Solidarpaktzuweisungen mit Sanktionsmechanismen

Stärkere Förderung von Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft sowie Auf- und Ausbau entsprechender Cluster und Wachstumskerne

Stärkung der industriellen Basis im Standortwettbewerb durch Fortführung der umfangreichen EU-Förderung aus Mitteln der Europäischen Strukturfonds

Ausbau der Infrastruktur voranbringen

Fertigstellung der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit

Ausfinanzierung des Bundesverkehrswegeplans und Umsetzung der Projekte des vordringlichen Bedarfs, z.B. des Baus der A 14 Magdeburg-Schwerin

Abschluss von Abkommen zwischen Deutschland und den osteuropäischen Nachbarn als Voraussetzung für grenzüberschreitende Verkehrsinfrastrukturprojekte

Entfristung des Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetzes und Ausweitung auf das gesamte Bundesgebiet, um Infrastrukturprojekte schneller durchführen zu können

Verstärkter investiver Einsatz der Solidarpakt II-Mittel zum Ausbau wirtschaftsnaher Infrastruktur

Disziplinierte Steuer- und Haushaltspolitik für mehr Gestaltungsspielräume

Konsolidierung der öffentlichen Haushalte durch deutliche Rückführung der konsumtiven Ausgaben

Steigerung der investiven Ausgaben für mehr Wachstum, da die Investitionsquote 2004 im Bund mit 8,9% einen Tiefstand erreicht hat

Einführung eines einfachen und wirtschaftsfreundlichen Steuersystems mit niedrigen Steuersätzen

Senkung des Körperschaftsteuersatzes auf 19% - wie beim Job-Gipfel im März 2005 vereinbart

Einführung der Ist-Besteuerung bei der Mehrwertsteuer für alle Unternehmen

Für konsequenten Bürokratieabbau

Einführung eines Systems zur Abschätzung von Gesetzesfolgen (Bürokratie TÜV); keine neuen Gesetze ohne vorherige Kostenermittlung

Streichung überflüssiger Regelungen

Reduzierung von Meldepflichten und Verkürzung sowie Vereinfachung von Genehmigungsverfahren

Umsetzung von EU-Vorgaben 1:1 in deutsches Recht

zeitliche Befristung von Verordnungen und Gesetzen

Erlauben von Öffnungsklauseln zur Abweichung von bundesdeutschen Regelungen durch neue Länder und Testen neuer Regelungen

Faktor Arbeit von Belastungen befreien

Konzentration der Arbeitslosenversicherung auf ihre Kernaufgaben

Modernisierung des Tarifrechts durch Öffnungsklauseln, entsprechend betriebsspezifischen Besonderheiten von Unternehmen und Branchen

Grundlegende Vereinfachung des Arbeitsrechts durch Bündelung und Vereinheitlichung der zahlreichen gesetzlichen Bestimmungen

Verzicht auf Ausweitung des Entsendegesetzes (Mindestlohn), das zur Erhöhung der Arbeitskosten und zur Vernichtung tausender Arbeitsplätze führen würde

Übernahme der Existenzgründerregelung bei der Befristung von Arbeitsverhältnissen sowie Heraufsetzung der Schwellenwerte beim Kündigungsschutz für kleine und mittlere Betriebe

Mutige Erneuerung des Bildungssystems

Einrichtung eines zweigliedrigen Schulsystems

Einführung allgemein gültiger Bildungsstandards und individueller Förderung

Fortführung des Ausbildungsplatzprogramms Ost (Bund-Länder-Programm) zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze bis mindestens 2008

Stärkung der Eigenverantwortung der Hochschule hinsichtlich der Auswahl der Studenten

Einführung von Studiengebühren mit einem neuen System der Studienfinanzierung über zinsgünstige Darlehen und einkommensabhängige Rückzahlung

Bündelung der öffentlichen Forschungsfinanzierung

Soziale Sicherungssysteme weiter reformieren

Finanzierung der Krankenversicherung durch einkommensunabhängige Prämien anstatt durch lohnbezogene Beiträge

Beschränkung der gesetzlichen Krankenversicherung auf medizinisch notwendige Leistungen und der Pflegeversicherung auf Grundsicherung

Ergänzung der gesetzlichen Krankenversicherung und Pflegeversicherung durch kapitalgedeckte Risikovorsorge

schrittweise Anhebung der abschlagsfreien Regelaltersgrenze vom 65. auf das 67. Lebensjahr

Heraufsetzung der Abschläge bei vorzeitigem Rentenbeginn

Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Auf- und Ausbau betrieblicher Altersvorsorge

Die Spitzenverbände der Wirtschaft in den neuen Ländern

Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e.V.

Am Schillertheater 2
10625 Berlin
Tel.: (030) 310 05-0
Fax: (030) 310 05-166
E-Mail: UVB@uvb-online.de
Internet: www.uvb-online.de

Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Eckdrift 93
19061 Schwerin
Tel.: (0385) 63 56-100
Fax: (0385) 63 56-151
E-Mail: info@vumv.de
Internet: www.vumv.de

Verband der Wirtschaft Thüringens e.V.

Lossiusstraße 1
99094 Erfurt
Tel.: (0361) 67 59-0
Fax: (0361) 67 59-222
E-Mail: info@vwt.de
Internet: www.vwt.de

Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft e.V.

Washingtonstr. 16/16a
01139 Dresden
Tel.: (0351) 25 50 93-0
Fax: (0351) 25 50 93-78
E-Mail: vsw@hsw-mail.de
Internet: www.vsw-direkt.de

Landesvereinigung der Arbeitgeber- und Wirtschafts- verbände Sachsen-Anhalt e.V.

Im Lorenzweg 56
39128 Magdeburg
Tel.: (0391) 5 98 171-0
Fax: (0391) 5 98 171-9
e-mail: info@lvsa.org
Internet: www.lvsa.org